

Königliche Reichsbank  
Coswiger Straße 7 • 06886 Luth. Wittenberg  
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht  
PF 1253  
53002 Bonn



**KÖNIGLICHE REICHSBANK**

**Investition Zukunft**

Coswiger Straße 7  
06886 Luth. Wittenberg  
Telefon: 03491 - 50 60 870  
E-Mail: info@reichsbank.org

Wittenberg, den 06.12.2013

GZ: Q 32-QF 5000-2013/0088 (44590) - Go  
2013/1238603

Da Sie die persönliche Anrede schon seit geraumer Zeit weglassen, werden Wir ebenso verfahren. Wie immer werden Wir Unser Schreiben, ausgerichtet auf das schon erwähnte Ziel, auch für den gewöhnlichen Leser verfassen. So können Sie Uns vielleicht auch Unsere (erforderliche) Impertinenz verzeihen.

I.

In Ihrer "Untersagungsverfügung"  
"Abwicklungsanordnung"  
"Weisung zur Abwicklung"  
"Auskunfts- und Vorlageersuchen"  
"Androhung der Festsetzung eines Zwangsgeldes"  
"Gebührenfestsetzung"

bemühen Sie sich ja wiederum einmal, Uns "Anordnungen" zu geben. Wie immer werden Wir Ihre sog. "Anordnungen" zur Kenntnis nehmen und sie als "Anordnungen" ignorieren. Sie haben weder das Recht, Uns Anordnungen zu geben, noch eine tatsächliche legitime Rechtsgrundlage. Wie auch, das KWG ist von einem "auf grundgesetzwidrige Weise" gewählten Bundestag (s. BVerfGE 2BvF 3/11) "verabschiedet" worden.

Wie immer haben Sie keine Vertretungsvollmacht Ihres Firmenleiters vorgelegt, wie immer hat auch die sog. "Beglaubigung" fernab Ihrer eigenen Verwaltungsvorschriften stattgefunden, und wie immer wollen Sie noch nicht wahrhaben, obwohl Wir es Ihnen klar nachwiesen, daß das Königreich Deutschland ein souveräner Staat ist. Schon aus diesem Grunde können Wir Ihre Schreiben nur als Entwurf werten.

Da Sie jedoch annehmen, daß Wir mit der "Königlichen Reichsbank" auch in Ihrer Handelsrechtsphäre mit sog. "Bankgeschäften" tätig sind, werden Wir uns bemühen, eine einvernehmliche Lösung zu finden und Unsere Tätigkeiten an Ihre Befindlichkeiten anpassen. Wir wollen doch nicht "die Integrität des Finanzsystems" gefährden, die zu schützen ja Ihre Aufgabe ist. Wir erschaffen einfach ein komplett eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem für die Rechtschaffenden und Gerechten. Reißen Sie die schlafenden Schafe ruhig mit in den bargeldlosen Abgrund Ihres immer klarer werdenden faschistischen Kontroll- und Überwachungs-"staates". Wir haben an den Schafen (noch) kein Interesse. Bei Uns läuft gerade die Testphase des Online-Ausgleichs, der in etwa dem Online-Banking in Ihrer Rechtssphäre entspricht. Dabei wird in Unserer privaten Komplementärwährung, für die Sie

gemäß Punkt aa) nicht zuständig sind, sämtlicher Zahlungsverkehr in Unserem staatlichen Internetmarktplatz geleistet. Die Gewinne des Marktplatzes werden ausschließlich wieder zum Aufbau eines neuen Gemeinwesens eingesetzt. Da es der einzige Marktplatz ist und die "Königliche Reichsbank" die einzige Institution ist, die den Zahlungsverkehr abwickelt, ist ein Ausweichen und auch Betrug nicht möglich. Einkaufen kann hier nur, wer Guthaben hat. Durch dieses Steuerungsinstrument ist eine gesonderte Steuererhebung völlig unnötig und niemand im Königreich Deutschland muß sich jemals steuerlich erklären. Ganze Horden von sog. Finanz-Beamten, Zwangsvollstreckern, Gerichtsvollziehern, Verwaltungsbeamten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, "Staats"anwälten, Richtern, Polizisten usw. werden unnötig werden und brauchen demnächst Umschulung. Gern können wir dabei zusammenarbeiten.

## II.

Sie bemängelten das "Partiarische Darlehen" und unterstellten, daß Wir damit das Einlagengeschäft in Ihrer Rechtsphäre betreiben würden, also unbedingt Publikumsgelder annehmen würden.

Wir gingen davon aus, daß die sog. "Bundesregierung" über das sog. "Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie" ein "Muster: Vertrag über ein partiarisches Darlehen" ins Internet stellte, welches eine **aufsichtsfreie** Möglichkeit ist, für Unternehmen Geld anzunehmen. Wir erhielten dabei die ersten zwei Seiten dieses Vertrages in die Hände. Diesen "Beispielvertrag", der dort als "Orientierung und Formulierungshilfe" bezeichnet wird, paßten Wir aufgrund der Empfehlungen an Unsere Bedürfnisse an und stellten diesen auf "reichsbank.org" ins Netz.

Wir als auch René Stöckel nahmen bislang jedoch mithilfe dieses Vertrags keinen einzigen Euro an. Aus diesem Grunde können Wir auch keine Verträge abwickeln oder Ihnen Daten liefern. Es gibt noch keinen einzigen Vertragsabschluß. Die Leute trauen sich auch noch nicht, wohl auch wegen Ihrer andauernden Drohungen. Außerdem kennen Wir ja Ihre Befindlichkeiten und Aufgaben, und so haben Wir Geduld. Wir müssen ja nichts tun. Wir haben das nicht verwendete Muster auch schon lange wieder aus dem Netz genommen und stellen nun das neue Muster wieder ein. Dieses werden Wir dann demnächst verwenden.

Sie können ja wieder einmal, so wie immer bei einer erneuten Vertragsänderung, Ihre Kommentare dazu abgeben.

Wir werden so lange weitermachen, bis Sie aufgeben und Uns sinngemäß schreiben:

"Aufgrund des übersandten Musters des partiarischen Darlehens ist mir eine Aufsichtspflicht nicht ersichtlich."

So lange, bis Wir diese Antwort haben, werden Sie sich wohl mit Unseren Tätigkeiten befassen müssen. Wir hoffen, daß Sie bald genug von Uns haben und Wir diesen Satz von Ihnen zu lesen erhalten. Wir werden diese Universität gründen, komme was da wolle. Wenn es aufgrund der Schwierigkeiten mit Ihnen und den schlafenden Deutschen erst 2015 so weit ist, na dann ist es eben so. Irgendwann werden die aufwachen und hoffentlich auch mal handeln. Die Deutschen wurden ja schon lange genug verschaukelt. Es braucht endlich eine freie Universität, die die Verdummung beendet, sich nicht nur an den Bedürfnissen der Industrie ausrichtet und die die individuellen Bedürfnisse der MENSCHEN in den Mittelpunkt stellt.

Hier nun die Veränderungen im "Partiarischen Darlehen" im § 2 und im § 3 fett hervorgehoben:

### § 2 Gewinnbeteiligung

- (1) Sowohl die Gewinnbeteiligung als auch die Rückzahlung der angenommenen Gelder ist vom Erfolg des Zweckbetriebes/Staatsbetriebes/Unternehmens abhängig.

### **§ 3 Nachrangigkeit**

- (1) Im Falle der Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Darlehensnehmers wird hiermit die Nachrangigkeit des Darlehens gegenüber den Forderungen sämtlicher anderer Gläubiger des Darlehensnehmers mit Ausnahme solcher Gläubiger, die selbst eine entsprechende Nachrangigkeitserklärung für ihre Forderungen abgegeben haben, ausdrücklich und abschließend vereinbart.
- (2) **Zudem darf die Rückzahlung des Darlehens nicht zur rechnerischen Überschuldung oder Insolvenz des Königreiches Deutschland oder des Darlehensnehmers führen. Die Interessen des Darlehensgebers treten dabei im Rang hinter die Interessen des Königreiches Deutschland und die des Darlehensnehmers zurück.**
- (3) Die auf die Forderung aus diesem Darlehen entfallende Ausgleichsquote bleibt ein nachrangiges Darlehen, für das die Bestimmungen dieses Darlehensvertrages weitergelten. Ein Tilgung darf erst nach Erfüllung des Ausgleichs gegenüber den nicht nachrangigen Gläubigern erfolgen.

Diese Formulierung entspricht den Vorgaben Ihres sog. "Finanzkonglomeraterichtlinie-Umsetzungsgesetzes" und führt gemäß Punkt bb) Ihres eigenen Merkblattes zweifelsfrei selbst innerhalb Ihrer Ordnung zu Ihrer Unzuständigkeit. Sie haben das zu akzeptieren. Wir erwarten eine schriftliche Benachrichtigung von Ihnen bzgl. dieser Unzuständigkeit. Dazu senden Wir Ihnen im Anhang das neue Muster des "Partiarischen Darlehens" und äußern hiermit Unsere

#### **Bitte um bankenaufsichtsrechtliche Stellungnahme**

zum neuen Mustervertrag. Wir erwarten von Ihnen pflichtgemäß zu handeln und Unsere Aufforderung zügig zu bearbeiten.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Peter  
Imperator Fiduziar